Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8658**

14. Wahlperiode 21. 03. 2002

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/8432 –

Todesopfer unter Flüchtlingen in die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union in 2001

Vorbemerkung der Fragesteller

Nach einer Dokumentation der Berliner „Antirassistischen Initiative“ über „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“ (9. aktualisierte Auflage, Januar 2002) starben im Zeitraum 1. Januar 1993 bis 31. Dezember 2001 mindestens 130 Menschen auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen. Allein 100 Menschen starben in diesem Zeitraum an den deutschen Ost-Grenzen. 343 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt zum Teil erhebliche Verletzungen, 209 darunter an den deutschen Ostgrenzen.

99 Menschen töteten sich selbst angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben beim Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen. Allein 45 Flüchtlinge starben in Abschiebehaft.

Insgesamt starben nach Angaben dieser Dokumentation infolge der staatlichen Abschottungspolitik im Zeitraum vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 2001 261 Flüchtlinge. Weitere 69 kamen durch rassistische Übergriffe ums Leben.

Viele Menschen, deren Ziel Deutschland oder ein anderes Land der Europäischen Union ist, scheitern auf ihrem Weg nach Europa bereits an den europäischen Außengrenzen. Die Bundesrepublik Deutschland hat ein großes Interesse daran, durch stark gesicherte Außengrenzen einen Teil der Flüchtlinge und Migrantinnen bzw. Migranten nicht in die EU und schon gar nicht nach Deutschland kommen zu lassen und investiert deshalb viel Zeit und Geld in Absprachen, Kooperationen und Unterstützungsarbeit zur Abschottung dieser Außengrenzen der EU. Insofern hat auch die deutsche Politik eine Verantwortung für die Menschen, die bei ihrem Versuch, in die EU einzureisen, schwer verletzt werden oder sterben.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung führt zu den einzelnen Fragestellungen keine Statistik. Die nachfolgenden Angaben sind das Ergebnis einer aktuellen Abfrage bei Behörden des Bundesgrenzschutzes (BGS), der Bundeszollverwaltung, der Wasserschutzpolizeien Hamburg und Bremen sowie der Bayerischen Polizei.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 20. März 2002 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die Einzelmeldungen beziehen sich dementsprechend auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Zur Europäischen Union liegen hier keine Erkenntnisse vor.

Im Jahre 2001 wurden 28 560 Personen festgestellt, die unerlaubt nach Deutschland einreisen wollten. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Schleusung von Flüchtlingen. In der Hand von skrupellosen Schleusungsorganisationen setzten sie sich beim Passieren der „grünen Grenze“ unkalkulierbaren Gefahren aus. Wurden sie von Kontrollkräften gestellt, reagierten sie oft mit Flucht oder Widerstandshandlungen und gaben Anlass zur Anwendung polizeilicher Zwangsmittel.

1. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in 2001

   a) an den Landgrenzen, Küsten, Seehäfen, Flughäfen bzw. im Grenzgebiet der Bundesrepublik Deutschland,

   b) an den Grenzen der Europäischen Union insgesamt

   tot aufgefunden worden (bitte nach Datum und Ort des Auffindens, Nationalität des Opfers und Todesart bzw. Umständen des Todes aufschlüsseln)?

   Wie viele Todesermittlungsverfahren wurden diesbezüglich eingeleitet und mit welchem Ergebnis abgeschlossen (bitte aufschlüsseln)?

Zu 1. a)

Datum	Ort des Auffindens	Nationalität	Todesart
07. 01. 2001	Eichwald/Oder – GZ 499	unbekannt	vermutlich Tod durch Ertrinken
21. 01. 2001	Ortslage Neuoberhaus	rumänisch	vermutlich Tod durch Ertrinken
22. 03. 2001	Stadtgebiet Frankfurt (O)	unbekannt	vermutlich Tod durch Ertrinken
18. 04. 2001	Ortslage Putzkau-Schmölln/ Sachsen	vietnamesisch	vermutlich Tod durch Ertrinken
16. 07. 2001	nördlich der Ortlage Manschnow/Brandenburg	unbekannt	vermutlich Tod durch Ertrinken
22. 07. 2001	Stadtgebiet Frankfurt (O)	unbekannt	vermutlich Tod durch Ertrinken
24. 08. 2001	Briske-Finkenherd – Oder km 576	unbekannt	vermutlich Tod durch Ertrinken
25. 10. 2001	Guben/Stadtbrücke	georgisch	vermutlich Tod durch Ertrinken

Zusammenfassung: 8 Todesfälle vermutlich durch Ertrinken

Zu 1. b)

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor.

Die Ermittlungen zu den Todesursachen werden durch die kriminalpolizeilichen Dienststellen der Landespolizeien geführt. Erkenntnisse über eingeleitete bzw. Ergebnisse zu den Ermittlungsverfahren liegen hier nicht vor.

Durch die Beamten des BGS wurden nur Maßnahmen der Fundstellensicherung u. a. durchgeführt.

2. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in 2001 mit körperlichen Verletzungen durch Erfrierungen, Unterkühlungen, Hunger/ Durst aufgegriffen worden, die sie sich im Zuge ihres ggf. unerlaubten Grenzübertritts

   a) in die Bundesrepublik Deutschland,

   b) in die Europäische Union

   zugezogen hatten (bitte nach Datum und Ort, Nationalität des Opfers, Körperverletzungsart aufschlüsseln)?

Zu 2. a)

Im Berichtszeitraum sind der Bundesregierung hierzu keine Fälle bekannt geworden.

Zu 2. b)

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor.

3. Wie viele Personen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in 2001 im Zuge ihres ggf. unerlaubten Grenzübertritts

   a) durch Bundesgrenzschutz- (BGS) oder Zollbeamte in Deutschland,

   b) durch Grenz- oder Zollbeamte in der Europäischen Union

   durch die Anwendung unmittelbaren Zwangs bzw. im Zuge einer entsprechenden Nacheile körperlich verletzt?

   Wie viele Ermittlungs- und Disziplinarverfahren wurden diesbezüglich eingeleitet und mit welchem Ergebnis abgeschlossen (bitte aufschlüsseln)?

Zu 3. a)

Datum	Ort	Nationalität	Verletzungsart
08. 02. 2001	Taubenheim	georgisch	Bissverletzung durch Zollhund nach Fluchtversuch
22. 02. 2001	Ebersbach	mazedonisch	Bissverletzung durch Zollhund nach Fluchtversuch
09. 03. 2001	Ebersbach	moldawisch	Bissverletzung durch Zollhund nach Entziehung der polizeil. Kontrolle
13. 03. 2001	Unterhammerwiesenthal	armenisch	Bissverletzung durch Einsatz Diensthund nach Entziehung der polizeil. Kontrolle
23. 01. 2001	Sohland	slowakisch	Bissverletzung durch Einsatz Diensthund nach Entziehung der polizeil. Kontrolle

Datum	Ort	Nationalität	Verletzungsart
05. 04. 2001	Seifhennersdorf	bulgarisch	Bissverletzung durch Zollhund nach Fluchtversuch
09. 04. 2001	Ratzdorf	unbekannt	Bissverletzung nachdem Diensthund geschlagen wurde
13. 04. 2001	Schmilka	rumänisch	Bissverletzung durch Einsatz Diensthund nach Entziehung der polizeil. Kontrolle
28. 04. 2001	Neugersdorf	rumänisch	Bissverletzung durch Zollhund nach Fluchtversuch
08. 06. 2001	Altenberg	rumänisch	Bissverletzung durch Einsatz Diensthund nach Entziehung der polizeil. Kontrolle
11. 06. 2001	Unterhammerwiesenthal	armenisch	Bissverletzung durch Einsatz Diensthund nach Entziehung der polizeil. Kontrolle
17. 06. 2001	Unterhammerwiesenthal	tschechisch	Bissverletzung durch Einsatz Diensthund nach Entziehung der polizeil. Kontrolle
20. 06. 2001	Cranzahl-Bärenstein	rumänisch	Bissverletzung durch Einsatz Diensthund nach Entziehung der polizeil. Kontrolle
08. 07. 2001	Neuhermsdorf	rumänisch	Bissverletzung durch Einsatz Diensthund nach Entziehung der polizeil. Kontrolle
31. 07. 2001	Niederschlag-Bahrathal	armenisch	Bissverletzung durch Einsatz Diensthund nach Entziehung der polizeil. Kontrolle
11. 08. 2001	Bernstein	unbekannt	Bissverletzung durch Einsatz Diensthund nach Entziehung der polizeil. Kontrolle
07. 10. 2001	Altenberg	georgisch	Bissverletzung durch Einsatz Diensthund nach Entziehung der polizeil. Kontrolle
21. 11. 2001	Zelz/Jerischke	polnisch	Bissverletzung
25. 11. 2001	Neuslaza-Spremberg	vietnamesisch	Schussverletzung nach Angriff und Flucht eines mit Haftbefehl gesuchten Straftäters

Zusammenfassung: 18 Personen durch Hundebiss verletzt
1 Person durch den Einsatz der Schusswaffe verletzt

Im Berichtszeitraum erlitten 5 weitere Personen Verletzungen, die aus der Anwendung unmittelbaren Zwanges resultierten. Es handelte sich dabei um Hautabschürfungen nach vorangegangenen Handfesselungen und Druckschmerzen, die ausnahmslos aufgrund von aktiven Widerstandshandlungen entstanden.

Zu 3. b)

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor.

Zum Schusswaffengebrauch wurde ein Ermittlungsverfahren durch die Landespolizei Sachsen, Polizeidirektion Görlitz, eingeleitet. Ein Ergebnis steht noch aus.

4. Wie viele Personen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in 2001

   a) in der Bundesrepublik Deutschland,

   b) in der Europäischen Union

   im Zuge ihres ggf. unerlaubten Grenzübertritts durch Privatpersonen (z. B. Jäger, Angehörige so genannter Bürgerwehren) körperlich verletzt bzw. getötet (bitte nach Datum und Ort, Nationalität des Opfers und Todes- bzw. Körperverletzungsart aufschlüsseln)?

   Wie viele Ermittlungsverfahren wurden diesbezüglich eingeleitet und mit welchem Ergebnis abgeschlossen (bitte aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung sind keine derartigen Fälle bekannt.

5. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in 2001

   a) in der Bundesrepublik Deutschland,

   b) in der Europäischen Union

   – tot aufgefunden worden, nachdem sie im Zuge ihres Versuchs der ggf. unerlaubten Einreise in die Bundesrepublik Deutschland bzw. EU in ihren Transportmitteln Sauerstoffmangel, Hunger, Durst, Kälte, Überhitzung o. Ä. ausgesetzt waren (bitte nach Datum und Ort, Nationalität des Opfers, Transportmittel und Todesart aufschlüsseln)?

   – verletzt aufgefunden worden, nachdem sie im Zuge ihres Versuchs der (ggf. unerlaubten) Einreise in die Bundesrepublik Deutschland bzw. EU in ihren Transportmitteln Sauerstoffmangel, Hunger, Durst, Kälte, Überhitzung o. Ä. ausgesetzt waren (bitte nach Datum und Ort, Nationalität des Opfers, Transportmittel und Art der Körperverletzung aufschlüsseln)?

Zu 5. a)

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor.

Zu 5. b)

Durch die Bundesregierung erfolgt keine statistische Erfassung.

6. Wie viele Fälle sind in 2001 bekannt geworden, in denen Personen, die sich auf einem ggf. unerlaubten Transport in die Bundesrepublik Deutschland bzw. EU befanden, im europäischen Ausland bzw. auf hoher See tot aufgefunden wurden (bitte nach Datum und Ort, Nationalität des Opfers, Transportmittel und Todesart aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333